

Wilsdruffer Tageblatt

Freitaglicher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Wilsdruff, den 7. März 1922. Die Redaktion ist für den Inhalt des Blattes verantwortlich. Die Druckkosten trägt der Abonnent. Die Anzeigen werden nach dem Tarif der Reichsanzeiger berechnet. Die Redaktion ist für den Inhalt des Blattes verantwortlich. Die Druckkosten trägt der Abonnent. Die Anzeigen werden nach dem Tarif der Reichsanzeiger berechnet.



Wilsdruff, den 7. März 1922. Die Redaktion ist für den Inhalt des Blattes verantwortlich. Die Druckkosten trägt der Abonnent. Die Anzeigen werden nach dem Tarif der Reichsanzeiger berechnet. Die Redaktion ist für den Inhalt des Blattes verantwortlich. Die Druckkosten trägt der Abonnent. Die Anzeigen werden nach dem Tarif der Reichsanzeiger berechnet.

Erstheft seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Meissen.

Verleger und Druck: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Häffig, für den Inzerenten: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 56

Dienstag den 7. März 1922.

81. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Der Finanzminister Dr. Hermes teilt bei einer Besprechung die Grundzüge für die Erhebung der Zwangsanleihe mit.

Die Regierungskoalition in Bayern wurde durch den Eintritt der Bayerischen Mittelpartei erweitert, die das Justizministerium besetzt.

Die polnische Regierung ist geschlossen vom Amte zurückgetreten, da die Einverleibung des Wilnaer Landes auf neue Schwierigkeiten stößt.

Die englischen Regierungsmitglieder bemühen sich unter Führung Chamberlains, Lloyd George in seinem Amte zu erhalten.

In Fiume haben die Faschisten einen Aufstand entfesselt und den Gouverneur gefangen genommen. Es fanden blutige Kämpfe statt.

Völkerwanderung aus dem Osten.

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter wird uns aus Berlin geschrieben:

Man kann in der Hauptstadt des Deutschen Reiches keinen Weg mehr machen, ohne daß man auf Schritt und Tritt von fremden Sprachlauten begleitet wird. Am wenigsten sind es noch westliche Klänge. Im Gegenteil, man darf vielleicht sagen, daß Englisch und Französisch vor dem Kriege hier öfter anzutreffen waren, als es jetzt der Fall ist. Aber die östlichen Sprachen verschiedenster Färbung häufen sich mehr und mehr in beinahe bedrückendem Maße, und über die besagten moralischen Begleitererscheinungen der starken Zuwanderung, die wir mit und nach mehr nach dem Kriege aus dem Osten empfangen haben, ist ja schon die Öffentlichkeit einigermaßen unterrichtet worden. Doch ist die Bedeutung dessen, was hier vorgeht, noch lange nicht tief genug in das allgemeine Volksbewußtsein eingedrungen.

Man muß sich nur eine Vorstellung davon machen, was es heißt, wenn eine Stadt wie Berlin dazu ausdifferenziert wird, rund eine Viertel Million russischer Flüchtlinge in sich aufzunehmen. Diese Flüchtlinge sehen sich aus den aller verschiedensten Bevölkerungsstufen zusammen, wir finden darunter Künstler und Gelehrte, Politiker und Schriftsteller, Handwerker und Arbeiter, ebenso wie Gebildete und Ungebildete, Monarchisten und Revolutionäre, Reiche und Arme. Es ist ein Volk im Kleinen, das seine Zelte bei uns aufgeschlagen hat, das hier seine Vereine und Gesellschaften bildet, seine Zeitungen und Zeitschriften herausgibt, seine Konzerte veranstaltet, seine Buchläden und Märkte, seine Wechsel- und Arbeitshäuser unterhält. Das sich auch hier in Parteien scheidet, um mit vereinten Kräften, sei es die Verhältnisse in der Heimat, sei es die Stimmung des Weltvolkes, unter dem es lebt, zu beeinflussen. Emigranten nannte man früher solche Flüchtlinge, und sie haben in der Geschichte des 19. Jahrhunderts unläugbar eine gewisse Rolle gespielt. Die Polen in der Schweiz, ebenso wie die Russen in Frankreich und die deutschen Revolutionäre von einst in England. Jetzt und hier aber haben wir es mit Massenerscheinungen zu tun, wie sie die Weltgeschichte noch niemals gesehen hat. In der Hauptsache ein zumeist gewollter Erfolg der Volksherrschaft, die ja von vornherein darauf angelegt war, den Gegner im Lande, die Bourgeoisie, auszurotten mit allen Mitteln, die einer rücksichtslosen, zu jeder Art von Kriegsführung unbedenklich entschlossenen Klassenherrschaft zur Verfügung stehen. So lange noch die Möglichkeit bestand, daß das Moskauer Regiment durch militärische Gewalt beseitigt würde, blieb, wer nur irgend dazu imstande war, im Lande, weil er die Hoffnung auf baldige Erlösung einem völlig ungewissen Schicksal in der Ferne immer noch vorzog. Rann aber war auch die letzte kriegerische Expedition gegen die roten Soldaten des Herrn Trotzki zusammengebrochen, als die Völkerwanderung aus dem Osten sich nahezu hemmungslos in Bewegung setzte.

Deutschland mußte diesen Flüchtlingsstrom ziemlich wehrlos über sich ergehen lassen, und man kann es denjenigen Inhabern, denen die Aufsicht über unsere Grenzen oblag, schließlich nachfühlen, wenn sie bei der Zulassung dieser zumeist sehr bedauernswerten Heimatslosen ein Auge zudrücken. Aber ihre Folge ist nun die, daß ihre Zahl schon in die Hunderttausende geht, und daß der Groll über den Raum und die Plätze, die sie in unserer Mitte einnehmen, immer höher anschwillt. Der gemeine Mann begreift es nicht, wie wir es verantworten können, in Zeiten drückendster Wohnungsnot ungezählten Fremden ein mehr oder weniger ausreichendes Obdach einzuräumen, sie Brot und Verdienst bei uns finden zu lassen, obwohl die Arbeitslosigkeit in Deutschland eher zu als abnimmt und, soweit sie vermögert sind, sie hier sogar ein bevorzugtes Leben führen zu lassen, das unerschwerlich bei vielen Armen und Notleidenden Reiz und Mißgunst erregen muß. Ganz zu schweigen von denjenigen Elementen unter ihnen, die in ausgeprägter Unzufriedenheit über uns gekommen sind, und deren Treiben wir schon bei verschiedenen Gelegenheiten sehr unangenehm empfunden haben.

Aberlegene Gemüter trösten sich, da nun einmal gegen diesen Zustand der Dinge nichts mehr zu machen ist, mit der Selbsttatsache, daß es ja nicht immer so bleiben

werde hier unter dem wechselnden Mond und daß, wenn erst Rußland wieder zu normalen Verhältnissen zurückgekehrt sein werde, schon der Lohn für diese deutsche Gastfreundschaft sich von selbst einstellen müsse. Ein Wechsel auf weite Sicht — Skeptiker sagen sogar auf den St.immerleinstag.

Die Erhebung der Zwangsanleihe.

Die Pläne des Finanzministers.

In einer Besprechung, die der Reichsfinanzminister Dr. Hermes mit den Vertretern der Regierungsparteien über die Steuerfragen abhielt, entwickelte er nach den Mitteilungen einer sozialdemokratischen Nachrichtenstelle seine Ansichten über die Grundzüge für die Erhebung der Zwangsanleihe. Danach kommt eine Erhebung nach der Einschätzung zum Reichsnotopfer nicht in Betracht, weil seit dieser Einschätzung eine große Verschiebung der Vermögensbestände stattgefunden hat. Die Grundlage zur Erhebung der Zwangsanleihe soll

der Vermögensbestand vom 31. Dezember 1922

bilden. Man rechnet mit einer durchschnittlichen Belastung von 5 Prozent des Vermögens. Von der Zwangsanleihe befreit sind nach den Plänen des Reichsfinanzministers Vermögen von etwa 250 000 Mark und solche Personen, deren Einkommen weniger als etwa 30 000 Mark im Jahre beträgt. Die Abgabe soll je nach der Größe des Vermögens 1 bis 10 Prozent gestaffelt werden. Eine 10prozentige Abgabe dürfte bei einem Vermögen von mehr als 5 Millionen Mark erreicht sein. Würde die Erhebung der Anleihe nach der Einschätzung zum Reichsnotopfer vom 31. Dezember 1922 erfolgen, so wäre mit einem Eingang der Anleihebeträge erst für den Sommer 1923 zu rechnen. Deshalb sollen besondere Vorkehrungen zur teilweisen Vorauszahlung ergriffen werden. Die Einzahlung beabsichtigt man nach einer

vorläufigen Selbsteinschätzung

zu regeln. Um für die Vorauszahlungen einen Anreiz zu geben, sind für Einzahlungen, die bis zum 1. Juli 1922 erfolgen, Prämien vorgesehen. Für spätere Einzahlungen, etwa nach dem 1. Oktober 1922, sind gewisse Zuschläge geplant. Für solche Personen und Unternehmen, deren Vermögensbestände nur schwer festzustellen sind, soll die Vorleistung zur Anleihe nach der Einschätzung zum Reichsnotopfer erhoben werden können. Es ist geplant, in dem Anleihegesetz auch den Zinsfuß festzulegen, der nach den ersten zinsfreien drei Jahren gewährt werden soll. Die Sozialdemokraten wandten sich in dieser Sitzung gegen die Prämien auf Vorauszahlungen und wünschten einen Zinsfuß von höchstens 2 bis 2½ Prozent. Der Reichstanzler wies dabei darauf hin, daß binnen kurzem die Finanzminister der Entente zusammenzutreten und eine schnelle Verabschiedung der Steuern angebracht erscheine. Selbsterständlich sind die hier mitgeteilten Grundzüge der Erhebung der Zwangsanleihe noch keine endgültigen Beschlüsse.

Die Krisis in England.

Lloyd George bleibt vorläufig im Amte.

Die schwankend gewordene Basis der Regierung Lloyd Georges ist vorläufig — aber anscheinend nur vorläufig — wieder befestigt worden. Chamberlain erklärte in einer Rede in Oxford, Lloyd George habe ihn gefragt, ob er seinen, Lloyd Georges, Rücktritt für erforderlich halte. Er habe darauf Lloyd George erklärt, nach der einstimmigen Ansicht seiner Kollegen erfordere es das nationale Interesse, daß Lloyd George weiter an der Spitze der Regierung bleibe. Chamberlain, Lord Birkenhead, Sir Robert Horne und Balfour haben sich nach Lloyd Georges Landziehe begeben und wollen alle ihre Kräfte einsetzen, um die Koalition aufrechtzuerhalten und den Rücktritt Lloyd Georges zu verhindern. Man gibt sich aber keinen Illusionen hin, daß das Ende der Koalition nur aufgeschoben, nicht aber endgültig verhindert werden kann. Lloyd George soll folgende Bedingungen für die Beibehaltung seines Amtes gestellt haben: Bestimmte Versprechungen der Konservativen, daß sie das gegenwärtige Regierungssystem, mit Lloyd George an der Spitze, unterstützen und sich aller Unabhängigkeitsbestrebungen enthalten werden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Reitererhöhung für Tumultgeschädigte.
Der Reichsminister des Innern hat im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister die Reichskommissare bei den Ausschüssen zur Feststellung von Vergütungen für Anführern angegeben, mit Wirkung vom 1. November 1921 ab, die den Tumultgeschädigten oder ihren Hinterbliebenen zuerkannten Renten im Verwaltungswege auf die Beträge zu erhöhen und festzusetzen, die den Bestimmungen des Reichsversorgungsgesetzes vom 12. Mai 1920 und dem dazu erlassenen Erlaß des Reichsarbeitsmin-

isters vom 1. Dezember 1921 entsprechen. In Preußen sind die Ausführungsbestimmungen zur Übernahme der Kosten auf die Staatskasse bereits ergangen.

Die Befehle des Finanzministeriums

Am in einer Besprechung der Parteiführer mit dem Reichstanzler zur Sprache, worin der Brief des Ministers Dr. Hermes an Dr. Birth erörtert wurde, in dem Dr. Hermes um eine Entscheidung des Kanzlers über die endgültige Befehle des Finanzministeriums ersucht. In seiner Antwort auf das Ersuchen des Reichsfinanzministers dürfte, wie in Parlamentärskreisen verlautet, der Kanzler darauf hingewiesen haben, daß er den Wunsch des Ministers Dr. Hermes befreitlich finde. Die Befehle des Finanzministeriums hänge jedoch nicht allein von ihm ab, sondern insbesondere auch von der Konfession der Parteien. Im übrigen laube der Kanzler erst dann eine Entscheidung über die definitive Befehle des Finanzministeriums treffen zu können, wenn die schwebenden Steuerberatungen zu einem gewissen Abschluß gekommen sind. Die gleitende Lohnskala.

Am Pensionsausschuß des Reichstages suchte man die Frage zu klären, wie sich die politischen Parteien zur Einführung einer gleitenden Lohnskala stellen würden. Der Vertreter der deutschen Volkspartei empfahl eine Entschliessung, wodurch die Regierung um eine Vorlage ersucht wird. Die Demokraten vertraten die Auffassung, daß die automatische Anhebung des Beamtenverdienstes an den Gehaltsveränderungen eine Notwendigkeit sei. Eine Regelung für Beamte könne unabhängig von einer Regelung für Arbeiter und Angestellte erfolgen. Von sozialistischer Seite wurde das bestritten. Die alte Stala müsse vielmehr für alle Gruppen von Arbeitnehmern gleichzeitig oder überhaupt nicht eingeführt werden. Der Zentrumvertreter äußerte Erstaunen darüber, daß man die Anhebung nur für eine einzelne Arbeitnehmergruppe befristete. Solange die alte Stala für die Privatwirtschaft nicht eingeführt sei, könne sie für Beamte nicht beseitigt werden.

Die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel für Schulen.

In der Verfassung ist die unentgeltliche Lieferung der Lehrmittel für Schüler vorgesehen, bis heute aber nicht durchgeführt. Die Durchföhrung soll nach dem Geiste der Verfassung der Gemeinden obliegen. Im Bildungsaußschuß des Reichstages beantragte der deutschnationale Abgeordnete Dr. Philipp, die Gewährung von Reichsgeldern an Länder und Gemeinden zur Durchführung der Unentgeltlichkeit. Der deutschnationale Antrag wurde einstimmig angenommen; er hat folgenden Wortlaut: „Die Reichsregierung ist zu ersuchen, den Ländern Beihilfen zu gewähren, damit für unentgeltliche und für kinderreiche Familien Lehrmittel frei oder doch verbilligt beschafft werden können.“ Am 10. März beginnt der Ausschuß die Beratung des Reichsgesetzes.

Regierungserweiterung in Bayern.

Die Verhandlungen über die Koalition und Regierungserweiterung in Bayern sind abgeschlossen. Die vereinte Koalition der Bayerischen Mittelpartei und der Deutschen Volkspartei tritt wieder in die Koalition ein. Die neu eingetretene Fraktion wird das Justizministerium erhalten.

Steuersenkung für kinderreiche Familien.

Die Vereinigung für Familienwohl in Düsseldorf hat an den Reichstag die Bitte gerichtet, bei der Verabschiedung der Steuererlasse der Kinderreichen zu gedenken. In einer umfangreichen Anlage zu ihrer Witschrift bringt die Vereinigung ein zum Teil erschütterndes Beweismaterial für die Not der Kinderreichen in der heutigen Zeit bei. Sie weist dann darauf hin, daß die neuen Steuererlässe, soweit sie Steuern vom notwendigen Verbrauch erhöhen oder neu einführen, die Lasten der Kinderreichen noch vermehren, anstatt dem Versprechen der Reichsverfassung gemäß auszugleichen. Die Vereinigung bittet daher den Reichstag, vom Ertrag der Umsatzsteuer alljährlich zehn Prozent zurückzustellen und daraus einen Schatz zu bilden, der gemäß dem Versprechen Artikel 119 der Verfassung die Lasten der Kinderreichen ausgleichen soll. Inzeratensteuer und Zeitungsnote.

Der Steuerausschuß des Reichstages hat seine gesamten Beschlüsse über die Staffelform der Inzeratensteuer von 1½ bis 4 Prozent in zweiter Lesung bestätigt. Obwohl die Redner fast aller Parteien für eine völlige oder teilweise Streichung bzw. Milderung der Steuer eintraten, wurden doch sämtliche dahingehende Anträge vom Ausschuß abgelehnt, offensichtlich, weil keiner für den abweichenden Antrag seines Nachbarn stimmen wollte. Besonders bemerkenswert waren die Ausführungen über die Not der kleinen Zeitungen, für welche man fast allgemein in erster Linie Erleichterungen für nötig hielt, ohne jedoch dementsprechende Beschlüsse zu fassen.

Italien.

× Schwere Kämpfe in Fiume. In der durch das d'Annunzio-Abenteuer bekannten dalmatinischen Stadt Fiume ist es durch das Vorgehen der Faschisten zu schweren Kämpfen zwischen den Nationalisten und den Regierungstruppen gekommen. Der Gouverneur von Fiume, Richard